

# SPICE Securing Peace In Crisis Environments

Newsletter 4/2005

Juli/August

**Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – Kleinwaffenkontrolle – Sicherheitssektorreform – Friedensfonds – Bildung und Konfliktbearbeitung**

## Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in der Sommer-Ausgabe des SPICE-Newsletters haben wir wieder eine spannende Mischung von Neuigkeiten für Sie zusammengestellt:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das Übersektorale Konzept zur „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ verabschiedet. Kai Leonhardt, zuständig im Sektorberatungsvorhaben (SV) Krisenprävention und Konfliktbearbeitung für die Umsetzung des Konzepts, informiert Sie über die Bedeutung des Konzepts für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Nina Scherg berichtet über ihre Arbeit im Projekt „Beratung in Krisenprävention und Armutsbekämpfung“ im Jemen, das seit Oktober 2004 die deutschen Entwicklungsorganisationen KfW, GTZ/CIM und DED im Jemen zur Integration beider Querschnittsthemen berät. Aus dem Senegal und Sri Lanka erreichten uns Berichte zur aktuellen Konfliktsituation.

Das SV Bildung und Konfliktbearbeitung präsentiert eine Studie zu ethno-politischen und religiösen Einstellungen im Kosovo. Wie immer gibt es News zu Veröffentlichungen, Konferenzberichten und Fortbildungen zu bieten. Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

**Mit besten Grüßen,  
Ihr SPICE Team**

### Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für  
Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH  
SPICE – Security Peace in Crisis Environment  
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5  
65760 Eschborn  
v.i.S.d.P.: Dr. Uwe Kievelitz

[www.gtz.de/spice](http://www.gtz.de/spice)



### Inhalt:

► <b>Neues aus dem BMZ</b> .....	2
Einführung des Übersektoralen Konzepts .....	2
► <b>Neues aus den Ländern</b> .....	2
Conflict and Poverty Advisory Service, Jemen .....	2
Senegal, Casamance: is it peace? .....	3
Der Friedensprozess in Sri Lanka – Post-Tsunami .....	5
► <b>Neues aus dem SV Bildung und Konfliktbearbeitung</b> .....	6
Parallelwelten - Eine empirische Untersuchung von Einstellungen und Haltungen über Gesellschaft, Religion und Politik im Kosovo .....	6
► <b>Veröffentlichungen und Konferenzberichte</b> .....	8
Dezentralisierung und Konflikte .....	8
Organising Civil Society Campaigns for Small Arms Action .....	8
Das Friedensgutachten 2005 .....	9
DDR gestalten? .....	9
► <b>Fortbildungen</b> .....	11
<b>Kontaktadressen</b> .....	11

## ► Neues aus dem BMZ

### Einführung des Übersektoralen Konzepts

---

Im Juni hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) das Übersektorale Konzept zur „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ verschabschiedet. Hintergrund ist die krisenhafte Entwicklung in vielen Partnerländern und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Nahezu die Hälfte der Kooperationsländer der deutschen EZ befindet sich gegenwärtig in einem Gewaltkonflikt oder einer Post-Konflikt-Situation. Die EZ läuft in den betroffenen Ländern immer häufiger Gefahr ihre Entwicklungsziele nicht zu erreichen und durch Einbindung in die gewaltfördernden Strukturen und Ökonomien u.U. selbst zur Verschärfung von Konflikten beizutragen. Dem soll durch eine kohärentere EZ entgegengetreten werden. Mit dem Aktionsplan der Bundesregierung "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" und dem Übersektoralen Konzept liegen nun erstmals mit allen relevanten Akteuren der EZ abgestimmte Policy Papiere vor, die den Durchführungsorganisationen der deutschen staatlichen EZ verbindliche entwicklungspolitische Vorgaben und Empfehlungen für die Planung, Durchführung und Steuerung an die Hand zu geben.

Das Übersektorale Konzept verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

- Krisenprävention: EZ hilft strukturelle Konfliktursachen zu reduzieren und krisenhafte Eskalation frühzeitig zu verhindern.
- Konfliktbearbeitung: EZ unterstützt gesellschaftliche und staatliche Akteure bei der gewaltfreien Konfliktbearbeitung.
- Friedensförderung: EZ trägt dazu bei, nach Beendigung von Gewaltkonflikten Frieden zu fördern.

Das Konzept fokussiert dabei auf die bilaterale EZ in Konflikt- und Post-Konflikt-Ländern und fragilen Staaten und setzt dabei an der Überprüfung der bestehenden Programme hinsichtlich ihrer konflikt-sensiblen Gestaltung an. Dadurch sollen konfliktverschärfende Wirkungen der EZ verhindert und deeskalierende, friedensfördernde Wirkungen der EZ verstärkt werden. Um ein flächendeckendes Mainstreaming zu gewährleisten, hat das BMZ außerdem ab der Rahmenplanung 2006 die K-Kennung für alle Projekte in konfliktgefährdeten Ländern eingeführt (siehe SPICE NL Nr. 3/2005)

Das Übersektorale Konzept ist seit Verabschiedung verbindlich für alle staatlichen EZ-Durchführungsorganisationen und hat Leitliniencharakter für alle Nichtregierungsorganisationen. Das PDF dazu finden Sie auf der Homepage des BMZ unter [www.bmz.de/de/themen/dokumente/krisenpraevention.pdf](http://www.bmz.de/de/themen/dokumente/krisenpraevention.pdf)

Kai Leonhardt  
*Sektorvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung*

## ► Neues aus den Ländern

### Conflict and Poverty Advisory Service, Jemen

---

Der Jemen ist nicht nur eines der ärmsten Länder der Welt – es ist auch ein Land, in dem sich vielfältige Konfliktlinien überlagern und politische, soziale, tribale und kulturell-religiöse Spannungen zusammenspielen. The Economist Intelligence Unit ([www.eiu.com](http://www.eiu.com)) fasst im letzten ihrer monatlichen Berichte ihr Szenario für den Jemen bis 2006 folgendermaßen zusammen: "Continued unrest, exemplified by the recent outbreak of violence in the north of the country, which the government has so far failed to quell completely, and by demonstrations relating to proposed new sales taxes, is likely. The Yemeni political scene will remain volatile, as the government attempts to balance a hardened stance against extremists that cooperation with the US demands with domestic hostility to such efforts. Moreover, the government will be exercised by various rebellions and by general lawlessness throughout the forecast period and beyond."

In diesem schwierigen Kontext berät das **Projekt "Beratung in Krisenprävention und Armutsbekämpfung"** seit Oktober 2004 die deutschen Entwicklungsorganisationen KfW, GTZ/CIM und DED im Jemen zur Integration beider Querschnittsthemen. Damit ist im Jemen eine zurzeit einzigartige Struktur innerhalb der deutschen EZ entstanden: Obwohl es in einigen Ländern Personen gibt, die zum Thema Krisenprävention beraten, gibt es nur im Jemen ein Projekt mit entsprechendem Unterbau (Personal, Budget) und einer Ausrichtung auf alle BMZ-Durchführungsorganisationen.

Eine zentrale Funktion hat dabei die Steuerungsgruppe, in der die Büroleiter von KfW und GTZ, der Landesdirektor des DED, eine CIM-Vertreterin und der Stellvertretende Deutsche Botschafter sich regelmäßig über Aktivitäten und Fortschritte informieren und die Arbeitsplanungen für die jeweils nächsten Monate abnehmen. In dieser Runde können auch politisch oder inter-institutionell sensible Themen diskutiert werden.

CPAS (Conflict and Poverty Advisory Service) bietet Dienstleistungen in drei Bereichen an:

**1. Sensibilisierung und Qualifizierung von Mitarbeitern in deutschen Entwicklungsprojekten im Jemen:** Ein regelmäßiger CPAS-Newsletter informiert über konflikt- und armutsrelevante Aktivitäten der deutschen EZ und anderer. Anfang Juli ist ein erstes Training "Conflict Management" durchgeführt worden, in dem zehn deutsche und jemenitische Mitarbeiter von GTZ, CIM und DED Basiskonzepte von Konfliktanalyse und Konfliktbearbeitung erlernten und über deren Relevanz für ihren jeweiligen Arbeitskontext reflektierten. Für Lernzwecke arbeitet CPAS Fallbeispiele aus der EZ im Jemen auf.

**2. Erstellung von inhaltlichen und methodischen Beiträgen zu den Themen, z.B. sektor- und landesspezifische Studien und Falldokumentationen:** Das Vorhaben hat bisher zwei Berichte erstellt: "Conflict Resolution in Yemen Today", in dem islamische Prinzipien des Umgangs mit Konflikten und die traditionelle Konfliktbearbeitung durch die Stämme vor dem Hintergrund von EZ diskutiert werden (eine Kurzform dieses Berichts erscheint als Unterkapitel im geplanten *Sourcebook Islam* der GTZ). Und: "Action Programme 2015 Yemen", der Lessons Learned und Ansätze von Krisenprävention im Jemen zusammenfasst. In Kooperation mit dem GTZ-Vorhaben Integrierte Wasserressourcenbewirtschaftung wird in der zweiten Jahreshälfte eine Studie zu Grundwasserkonflikten entstehen, die Empfehlungen für die deutsche EZ erarbeiten soll. Außerdem bemüht sich CPAS um eine Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Erstellung einer Studie im Themenbereich "Jugend und Konflikt".

**3. Direkte Unterstützung bei der konfliktensiblen und armutsorientierten Gestaltung von Projekten und Prozessen:** CPAS unterstützt die KfW in Planung und Implementierung des "Provincial Towns Projects" an konfliktensiblen Standorten. Für das GTZ-Programm Grundbildung erarbeitete CPAS ein Trainingsmodul "Conflict Management" für Schulinspektoren. Eine Beratung des Gesundheitsprogramms und bei der Neugestaltung des Wasserprogramms ist in der zweiten Jahreshälfte vorgesehen. Der DED wird bei der Prüfung eines Programms für den Zivilen Friedensdienst unterstützt. Außerdem entwickelt CPAS einen Ansatz für Konflikt-Monitoring im Jemen, eine politische sensible und konzeptionell herausfordernde Aufgabe!

In Kooperation mit dem Querschnittsvorhaben Armutsbekämpfung der GTZ werden Projekte in den Sektoren Wasser, Gesundheit und Grundbildung in aufeinander aufbauenden Einsätzen der GTZ-Beraterin Dr. Solveig Buhl zur armutsorientierten Projektgestaltung beraten.

Die Anforderungen des Übersektoralen Konzepts Krisenprävention und Friedensförderung des BMZ kontextgerecht umzusetzen, ist eine zentrale Aufgabe von CPAS und sicherlich eine Herausforderung für die nächsten Monate. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an: [nina.scherg@gtz.de](mailto:nina.scherg@gtz.de)

### **Senegal, Casamance: is it peace?**

---

*Die Casamance, die Region im Süden Senegals, ist seit 1982 Schauplatz eines Unabhängigkeitskonflikts mit wiederholten und weitgehend gescheiterten Friedensbemühungen. Er kann mit der Dauer von 23 Jahren als der längst andauernde bewaffnete Konflikt Westafrikas bezeichnet werden.*

*Am 30. Dezember 2004 wurde ein Friedensabkommen unterschrieben, welches nach Wunsch des Präsidenten Wade das Endgültige sein soll. Jedoch kommt dieses eher einem erneuten Waffenstillstand und der Vorbereitung von Verhandlungen gleich. Warum, so fragen wir uns, unterschreiben zwei Konfliktparteien „den Frieden“, bevor sie ihn überhaupt verhandelt haben?*

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und gescheiterten Friedensbemühungen (mehrere Friedensabkommen zwischen Staat und Regierung wurden von der Vorgängerregierung von Präsident Wade unterzeichnet) wurde im Dezember 2004 das Abkommen in Ziguinchor, der Hauptstadt der Casamance, unterschrieben. Seither verhandeln die Konfliktparteien, wie man diesen Frieden auch verwirklicht. Mit dem Abkommen wurde strategisch gesehen ein Grundstein für diese Verhandlungen gelegt. Es sieht einerseits Gesprächsrunden zwischen dem Staat und einzelnen Vertretern der stark fragmentierten bewaffneten Rebellenbewegung MFDC und andererseits die Schaffung verschiedener Ausschüsse, die Vorschläge für die Implementierung dieser Abkommen einreichen sollen, vor.

Die politische Bedeutung der Unterzeichnung des Friedensabkommens liegt darin, dass dies die Bedingung einer Reihe von Gebern darstellt, um das staatliche Wiederaufbauprogramm PRAESC mit den Komponenten Demobilisierung, Entminung und lokale Entwicklung finanzkräftig zu unterstützen. Durch die breite Medienkampagne und die große Partizipation bei diesem Ereignis -600 Vertreter verschiedener Gruppen und die ganze Regierung waren anwesend- wurden Hoffnungen in der Bevölkerung erweckt, dass es sich dieses Mal um einen nachhaltigen Frieden handelt. Obwohl die politischen MFDC-Vertreter im Mai noch behaupteten, die internen Verhandlungen liefen gut und alles „sei ok“ für eine zweite Verhandlungsrunde mit der Regierung (Zeitung Le Quotidien, 17.5.05), wird es immer ruhiger um das Fortschreiten der Verhandlungen. Ab Mai haben zahlreiche Überfälle stattgefunden, die dem MFDC zugerechnet werden. Diese Überfälle bestätigen, dass der MFDC von einer einheitlichen Position weit entfernt ist.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung steht das Renommée, das dem Senegal in der internationalen Presse zugesprochen wird und das seine Vorrangstellung als Musterland der Demokratie Afrikas bestätigt (Artikel in FAZ, Paris-Match, „Jeune Afrique l'intelligent“, etc.) Hier ist nicht vom Konflikt, sondern wenn überhaupt nur vom Frieden die Rede.

Die Realität sieht leider etwas anders aus und der Weg zum Frieden wird durch zahlreiche Faktoren erschwert:

- Die Unterzeichnung des Friedensabkommens wird von vielen als ein voreiliger, politisch motivierter Akt der Konfliktparteien gesehen
- Die Ausschüsse zur Umsetzung der Friedensabkommen funktionieren schleppend, nicht transparent und sind nicht sichtbar
- Die nicht ausreichende Repräsentanz aller MFDC-Fraktionen(auch der bewaffneten) bei der Vorbereitung und Unterzeichnung des Friedensabkommens führte dazu, dass einige Gruppierungen des MFDC sich schnell von dem Abkommen distanzieren haben
- Die politische Nutzung des Abkommens (Geberzusagen) hat große Hoffnungen in der Bevölkerung geweckt. Das nicht Einhalten dieser Zusagen führt zu erheblichen weiteren Frustrationen.
- Die seit März verschärfte geographische Isolation der Casamance (kein Passagierschiff seit 2002, stark reduzierte Flugverbindung seit März 2005, aufwändige und zum Teil gefährliche Straßenverbindung nach Dakar über Gambia) verstärkt das Gefühl der Bevölkerung, vernachlässigt zu sein
- Starke sozioökonomische Effekte dieser Isolation, vor allem für den Handel und den Tourismus;
- Keine echten Alternativen zu der seit Jahren lohnenden Kriegswirtschaft mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (Edelhölzer) seitens der Rebellengruppen, aber auch der Militärs
- Die Position der Regierung, den Konflikt als „nationale Angelegenheit“ zu betrachten; lässt Gambia und Guinea-Bissao außen vor, was einer Stabilisierung der Lage nicht zuträglich ist
- Die politisch und sozioökonomische sehr instabile Lage in Guinea Bissao kann sich negativ auf den Casamance-Konflikt auswirken
- Die sehr zögerliche Umsetzung des staatlichen Wiederaufbauprogramms und der damit verbundenen Entminung durch die Umsetzungsagentur ANRAC
- Die ständige Restrukturierung der Rebellen, ihre komplizierte Hierarchie sowie ihre scheinbar weiter bestehende Anziehungskraft für junge Leute machen sie zu einem extrem schwierigen Verhandlungspartner

Doch es gibt auch positive Tendenzen zu verzeichnen: Durch vorwiegend von der Bevölkerung getragene Friedensbemühungen und nach der Amnestie vom Juni 2004 sind erhöhte Rückkehrbewegungen der geflohenen und intern vertriebenen Bevölkerung zu verzeichnen. Die friedliche Integration dieser Menschen bedarf einer aktiven Konfliktbearbeitung. Durch die Rückkehr vieler Familien werden Wohnraum, Nahrungsmittel, produktive Landflächen knapp. Die soziale Infrastruktur ist oft vernachlässigt, verfallen und unfunktionell. Es gilt, neue Konfliktpotenziale zu entschärfen: Die vor Ort verbliebene Bevölkerung hat sich häufig Land und Wohnraum angeeignet, die mit der Rückkehr der Eigentümer (oft 10-15 Jahre später) zurückgegeben werden sollen. Rückkehrer werden als Notbedürftigste anerkannt und profitieren so von Nahrungsmittelhilfe und Nothilfe der NROs, nicht aber die zurückgebliebene Bevölkerung. Gegenseitig zugefügtes Unrecht muss aufgearbeitet werden.

Das Programm zur Friedensförderung in der Casamance und das darin integrierte Projekt Stabilisierung der Ernährungssicherheit zur Friedensförderung in der Casamance, versucht, über die Wiederherstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Bevölkerung die Basis für einen dauerhaften Frieden zu legen. Durch die Stärkung der Zivilgesellschaft, gemeinschaftlich entwickelte gewaltfreie

Lösungen für Konfliktsituationen, Versöhnungsarbeit und einen vorsichtigen Wiederaufbau begleitet das Programm eine politische Lösung des Konfliktes.

Die Verbesserung der Ernährungssicherheit durch die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion, des Einkommens sowie der Gesundheit stabilisiert und normalisiert die Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung und verringert negative Anpassungsstrategien, die zu einer Verlängerung des Konflikts beitragen können.

Es geht nicht nur darum, *was* man fördert, sondern auch *wie* man das fördert. Die mit dem Programm arbeitenden Mittlerorganisationen „lernen“ mit jedem Schritt, die Aktivitäten so zu implementieren, dass sie nicht nur nachhaltig, partizipativ und zielgruppengerecht sind, sondern auch dem Konfliktkontext angepasst werden. Durch die Anwendung von Do-No-Harm werden mögliche negative, unerwünschte Effekte rechtzeitig erkannt und durch entsprechende Empfehlungen minimiert. Durch die Einführung eines Wirkungsmonitoringssystems werden die Wirkungen auf das lokale Frieden- und Konfliktgeschehen verfolgt. Die 2004 durchgeführten Konfliktanalysen nach Zonen haben entscheidend beigetragen, eine Operationalisierung des Programms realitätsnah und bedarfsorientiert zu ermöglichen. Durch ein auch nach Zonen angelegtes „Monitoringssystem“ mit lokalen Ressource-Personen erhält das Programm zeitnah Informationen zur Entwicklung des Konfliktes. Dies erlaubt Antizipationen zur Konfliktentwicklung und trägt zur Sicherheit der Programmmitarbeiter bei. Nicht zuletzt ist das Projekt Ernährungssicherheit dabei, in mit Minen stark kontaminierten Gemeinden - gerade diese sind die am stärksten betroffenen - einen Ansatz zu entwickeln, wie Aktivitäten trotz der Situation mangelnder Sicherheit durchgeführt werden können. Durch einen engen Informationsaustausch und Zusammenarbeit auf dem Feld mit einer erfahrenen NRO (Handicap International) nimmt der Ansatz einen besonderen Bezug auf die Existenz von Minen in der Planung und Implementierung der Aktivitäten.

Monica Perez-Olea  
Projekt Stabilisierung der Ernährungssicherheit zur Friedensförderung in der Casamance  
Email: [monica.perez-olea@gtz.de](mailto:monica.perez-olea@gtz.de)

### **Der Friedensprozess in Sri Lanka – Post-Tsunami**

---

Nachdem am 26. Dezember 2004 die Tsunami-Katastrophe die verschiedenen ethnischen Gruppen in Sri Lanka gleichermaßen getroffen hatte, gab es Hoffnungen, dass diese Gleichbehandlung ebenfalls bei der Unterstützung der Bevölkerung beim Wiederaufbau beachtet werden würde. Nach langen, geheimen Diskussionen wurde endlich am 24. Juni 2005 zwischen der Regierung von Sri Lanka und der Rebellenorganisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) die Post-Tsunami Operational Management Structure ( P-TOMS) unterzeichnet. Diese Vereinbarung wurde mit Hilfe der norwegischen Regierung geschlossen und soll es ermöglichen, eine gemeinsame tamilisch-singhalesische Verwaltung für ca. 3 Milliarden US-Dollar internationaler Hilfsgelder für den Wiederaufbau zu etablieren.

Eine Koordination der beiden Konfliktparteien schien unausweichlich, da zwei Drittel der durch Tsunami betroffenen Gebiete (die Distrikte Ampara, Batticaloa, Jaffna, Trincomalee, Mullaitivu, Kilinochchi) im Norden und Osten von Sri Lanka liegen und entweder direkt von der Rebellengruppe kontrolliert werden oder einen hohen Anteil tamilischer Bevölkerung aufweisen. Die bekannt gegebene Struktur der P-TOMS sieht mehrere Komitees auf verschiedenen administrativen Ebenen vor, die gemeinsam die Planung und Durchführung von Wiederaufbaumaßnahmen und einen Hilfsfond für eine gerechte und transparente Verteilung der internationalen Gelder koordinieren sollen.

Zunächst schienen die Verhandlungen zu den P-TOMS ein großer Fortschritt auch im Friedensprozess zu sein, da sich seit April 2003 die beiden Konfliktparteien erstmals wieder an einen gemeinsamen Tisch setzten. Die Umsetzung der P-TOMS wäre ein Schritt der Regierung zu einer neu-definierten und zukunftsweisenden Kooperation in der politisch-administrativen Struktur auf nationaler, regionaler und Distriktebene und würde der LTTE und ihrer Verwaltung eine Legitimität öffentlich zugestehen, die faktisch in den von ihnen kontrollierten Gebieten bereits besteht.

Die Unterzeichnung der Vereinbarung hatte Proteste aus verschiedenen Parteien und Bevölkerungsgruppen zur Folge. Die Vertreter der muslimischen Gemeinden protestierten, da sie nicht gleichberechtigt an der Ausarbeitung der P-TOMS und an der Mitunterzeichnung beteiligt waren, obwohl ihre Beteiligung formal durch ihre Repräsentanz in den Beiräten und Komitees besteht. Prozentual gesehen ist die muslimische Minderheit die am stärksten vom Tsunami betroffene Bevölkerungsgruppe.



Mit der Unterzeichnung des P-TOMS durch den Staatssekretär des Wiederaufbau- und Versöhnungsministeriums, das unter der Präsidentin angesiedelt ist, wurde interpretiert, die Präsidentin habe sich über ihren Koalitionspartner, die nationalistische marxistisch-singhalesische Partei JVP, hinweggesetzt, die daraufhin die Regierungskoalition verließ. Die singhalesischen nationalistischen Parteien (JVP und JHU) reagierten auf die Unterzeichnung mit gewalttätigen Massenprotesten in Colombo, mit Hungerstreiks buddhistischer Mönche und reichten Klage gegen die verfassungsrechtliche Grundlage der P-TOMS beim Obersten Gerichtshof ein. Sie argumentieren, dass die P-TOMS ein Schritt zur Anerkennung der LTTE und somit zur Spaltung des Landes seien und außerdem einer terroristischen Gruppe weit reichende Rechte zugestehen, die diese dazu missbrauchen würde, um ihre militärischen Kapazitäten weiter auszubauen.

Obwohl das endgültige Urteil erst im September erwartet wird, hat der Oberste Gerichtshof bereits die Rechtmäßigkeit verschiedener Punkte, aber nicht des P-TOMS als solches in Frage gestellt. So sind die Verortung eines der Komitees in Kilinochchi, dem Sitz des politischen Flügels der LTTE, und dessen Aufgaben, sowie die Verwaltung des Fonds nicht mit der Verfassung vereinbar. Dieser Urteilspruch bedeutet nicht nur einen Rückschritt für den Tsunami Wiederaufbau, sondern stellt auch den gerade wieder aufgenommenen Friedensprozess in Frage.

Gleichzeitig erschüttern seit Juni gewalttätige Zwischenfälle den Osten Sri Lankas. Nach einem Zwischenfall Ende Juni, bei dem beinahe 40 LTTE Kader im regierungskontrollierten Gebiet ums Leben kamen, setzte die LTTE der Regierung ein zweiwöchiges Ultimatum, die Sicherheit ihrer politischen Kader in regierungskontrollierten Gebieten zu erhöhen. Komme die Regierung dieser Forderung nicht nach, würde die LTTE den Schutz ihrer Mitglieder im Regierungsgebiet durch bewaffnete LTTE Kader selbst übernehmen, was einem Bruch des Waffenstillstandsabkommens gleichkäme. Seitdem häufen sich im Osten bewaffnete Auseinandersetzungen, zumeist gezielte Ermordungen staatlicher Sicherheitskräfte oder LTTE-Kader. Die Regierung reagierte zurückhaltend auf das Ultimatum, und verkündete, dass es kein Recht auf Schutz und die Begleitung von LTTE Kadern durch regierungskontrollierte Gebiete gäbe, und der Schutz vielmehr eine vertrauensbildende Maßnahme im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens sei.

Die Kommentierung der P-TOMS durch den Obersten Gerichtshof hat wieder gegenseitigen Anschuldigungen der Konfliktparteien aufkeimen lassen und stellt weitere Verhandlungen in Frage. Die Regierung hat sich eindeutig für die weitere Durchführung der P-TOMS, auch in veränderter Form, ausgesprochen. Die LTTE nimmt die Aussagen des Gerichtshofes nicht an, und kündigt ihrerseits an, die internationale Gebergemeinschaft direkt um Hilfsgelder zu bitten. Parallel droht sie mit negativen Folgen auf den Friedensprozess.

Momentan ist die politische Situation zwischen den Konfliktparteien und im Osten sehr angespannt. Die Armee hat ihre Präsenz in Trincomalee erhöht und die LTTE hat ihre Kader angewiesen, ihre politischen Aktivitäten in den regierungskontrollierten Gebieten in Trincomalee und Batticaloa einzustellen und den Rückzug in die rebellenkontrollierten Gebiete angeordnet. Es ist so, als würde man Waffenge-rassel vernehmen.

Ob das Waffenstillstandsabkommen Bestand haben wird, ist im Moment schwer zu sagen. Uns erscheint allerdings vor dem Hintergrund, dass einerseits wegen der enorm hohen Summen an internationalen Hilfsgeldern, die im Zuge des Tsunami schon ins Land gekommen sind und weiterhin erwartet werden, sowie andererseits wegen der faktischen Aufwertung der LTTE durch internationale Kooperationen in den von ihnen kontrollierten Gebieten, die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Ausbruchs eines offenen bewaffneten Konflikts nicht allzu hoch. Ausschließen würden wir aber dieses Szenario in Anbetracht der gegenwärtigen Situation auch nicht. P-TOMS war zunächst ein Keim der Hoffnung, nun ist sie der Stein des Anstoßes. Ein Schritt vor – und zwei zurück?

Katharina Niederhut und Wolfgang Garatwa, Northern Rehabilitation Project

## ► Neues aus dem SV Bildung und Konfliktbearbeitung

### **Parallelwelten - Eine empirische Untersuchung von Einstellungen und Haltungen über Gesellschaft, Religion und Politik im Kosovo**

---

Als Folge der Eskalation des Konflikts im Kosovo haben sich die bestehenden ethnischen Spannungen zwischen Albanern und Serben noch weiter vertieft. Ethnische Vielfalt wird von beiden Gemeinschaften

immer noch mehrheitlich als Problem wahrgenommen und Gewalt als probates Mittel der Konfliktlösung betrachtet. Beide Seiten sehen sich gleichsam in der exklusiven Opferrolle. Wie stark das Gewaltpotential im Kosovo noch ist, haben die Ausschreitungen vom März 2004 gezeigt. Entscheidend für einen langfristigen Abbau der ethnisch motivierten Gewalt und damit für eine friedliche Koexistenz werden nicht nur eine Reduzierung der gegenseitigen Vorurteile, sondern auch die Stärkung friedlicher Konfliktlösungsstrategien sowie die allgemeine Anerkennung von Menschenrechtsstandards sein. Einen wesentlichen Beitrag zur friedlichen Sozialisation gerade von Kindern und Jugendlichen muss dafür das Bildungssystem leisten. Die Machtverhältnisse spiegeln sich im segregierten Bildungssystem für Albaner und Serben sowie in der Lehrplangestaltung wider. Die Schulen in den beiden Gemeinschaften haben in der Vergangenheit einen nicht unerheblichen Anteil geleistet an der Reproduktion und Verankerung der widersprüchlichen Interpretationen der Vergangenheit im Bewusstsein der beiden Gemeinschaften und ihren jeweils abgeleiteten „historischen“ (Serben) oder „demographischen“ (Albaner) Ansprüchen auf den Kosovo. Die Schulbücher und Lehrpläne (insbesondere für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde) haben die gegensätzlichen Identitätsprojektionen noch verstärkt.<sup>1</sup> In den 90er Jahren hatte die albanische Gemeinschaft im Widerstand zur serbischen Dominanz ein „paralleles Bildungssystem“ z.T. im Untergrund aufgebaut. Dadurch wurde eine Bildung der Exklusion verfestigt, was die Vereinten Nationen seit 1999 bei der Förderung inklusiver Strategien vor große Herausforderungen stellt.<sup>2</sup>

Im Auftrag des Sektorvorhabens Bildung und Konfliktbearbeitung und mit Unterstützung des Berufsbildungsvorhabens im Kosovo sowie dessen Leiter, Axel Sachs hat das Arnold Bergsträsser Institut (ABI) in Freiburg eine empirische Studie zu ethno-politischen und religiösen Einstellungen im Kosovo durchgeführt. Der vom ABI entwickelte Fragebogen stellt ein Instrumentarium zur Erforschung von Konfliktbearbeitung und Förderung demokratischen Verhaltens sowie friedlichen Zusammenlebens in ethnisch gespaltenen Gesellschaften dar. Die repräsentative Befragung von 1511 Personen über 18 Jahren wurde Ende 2004 vom Meinungs- und Marktforschungsinstitut Index Kosova im Kosovo durchgeführt. Die Daten wurden anschließend vom ABI ausgewertet. In seinem Abschlussbericht stellt nun Theodor Hanf, Direktor des ABI die Ergebnisse vor und diskutiert Schlussfolgerungen für die Bildungs- und Erziehungspraxis.

Im Folgenden sollen einige wesentliche Ergebnisse kurz dargelegt werden:

1. Positive Einstellungen hinsichtlich Demokratie korrelieren mit dem Schulabschluss: Bildung erzeugt Demokratie.
2. Die befragten Kosovaren haben ein inkohärentes Demokratieverständnis: Überprüft wurden die Einstellungen gegenüber den Wesensmerkmalen von Demokratie:
  - Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte
  - Gegenseitige Kontrolle (checks and balances) durch Gewaltenteilung
  - Mehrparteiensystem und Oppositionsfreiheit
  - Freie Meinungsäußerung, insbesondere unabhängige Presse

Es fanden sich mehrheitliche Zustimmung zu einzelnen Merkmalen. Überraschenderweise gab es aber wechselnde Mehrheiten für die einzelnen Merkmale, d.h. Befragte, die mehrheitlich für ein Merkmal optierten, stimmten nicht notwendigerweise auch einem anderen Merkmal zu. Von der Mehrheit der Befragten etwa, die der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit (Gewaltenteilung) zustimmten, stimmte nur eine Minderheit den Merkmalen freie Presse oder Achtung der Menschenrechte als Bestandteil der Demokratie zu.

3. Befragte albanischer Herkunft sind mehrheitlich tolerant und haben eine positive Einstellung zum friedlichen Zusammenleben mit den Minderheiten im Kosovo. Allerdings lassen die Einstellungen der befragten Serben den Schluss zu, dass die Toleranz der Albaner von ihnen nicht wahrgenommen wird. Ein Großteil der befragten Serben empfindet sich als ökonomisch und politisch machtlos. Als Minderheit im Kosovo, vormals an der Macht, nehmen sie sich mehrheitlich mit Bitternis und Furcht als belagert von der albanischen Mehrheit wahr.
4. Ein(e) von fünf Albaner(innen) – 28% Frauen, 23% Männer – neigen zu Einstellungen politisierter Religiosität, d.h. sie stimmen Aussagen zu, nach der der Staat seinen Bürgern religiöse Vorschriften zur Lebensgestaltung machen sollte. Hanf benutzt dieses Befragungssitem zur Unterscheidung zwischen religiös geprägten und fundamentalistischen Auffassungen. Überdurchschnittlich ausgeprägt ist diese Einstellung bei ungelerten Arbeitern und Hausfrauen.
5. Die befragte Berufsgruppe der Lehrer gehört zu denjenigen, die überdurchschnittlich demokratische Einstellungen zeigen.

<sup>1</sup> vgl. Jean-Arnault Dérens, Kriege um Erinnerung, in: Le Monde Diplomatique 07, 2005, 18-19

<sup>2</sup> vgl. Marc Sommers, Peter Buckland, Parallel Worlds. Rebuilding the Education System in Kosovo, UNESCO Paris 2004

6. 9 von 10 Befragten erhalten ihre Informationen, auch über die jeweils andere ethnische Gruppe, überwiegend durch die Medien (Fernsehen).

Hanf leitet aus diesen und weiteren Ergebnissen einen großen Bedarf an Demokratieerziehung sowohl im formalen Bildungswesen als auch in der Erwachsenenbildung und den Medien ab. Die Studie liefert wichtige Hintergrundinformationen für den Erwerb wesentlicher kognitiver und sozialer Kompetenzen im allgemeinen und die Ausgestaltung des neuen Fachs „Social Studies and Civic Education“ im Besonderen. Hier setzt gezielt die Studie von Karmit Zysman „Peace Promotion in the Education Sector in Kosovo“ an. Sie erörtert fachkundig und mit ausgewiesener Landeskenntnis erfolversprechende Interventionsmöglichkeiten im Bildungssektor auf lokaler und nationaler Ebene.

Beide Studien können auf Anfrage beim Sektorvorhaben Bildung und Konfliktbearbeitung angefordert werden:

- Theodor Hanf in co-operation with Petra Bauerle and Rainer Hampel: Attitudes and Opinions on Society, Religion and Politics in Kosovo. An Empirical Survey, GTZ June 2005
- Karmit Zysman: Peace Promotion in the Education Sector in Kosovo. Study Exploring Potential Engagement in Peace Promotion, Conflict Transformation, Inclusion and Improvement of Majority-Minority Interaction, GTZ May 2005

Neu im Internet erhältlich ist die Studie „Bildung und Konflikt“: <http://www.gtz.de/de/dokumente/de-crisis-bildung-konflikt-2004.pdf>

Rüdiger Blumör, SV Bildung und Konfliktbearbeitung

## ► Veröffentlichungen und Konferenzberichte

### Dezentralisierung und Konflikte

---

Die Förderung von Dezentralisierung und lokaler Selbstverwaltung ist seit den 80er Jahren in vielen Ländern zu einem wichtigen Bestandteil politischer und administrativer Reformprozesse geworden. Dezentralisierung wird oft als Instrument zur Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung betrachtet. Ob und wann sie allerdings diese konfliktmindernde Wirkung entfaltet und unter welchen Bedingungen sie eventuell sogar Konflikte verschärft, ist immer noch wenig untersucht.

Uwe Kievelitz und Eva Schrottshammer analysierten deshalb im Auftrag des BMZ die wichtigsten Zusammenhänge von Dezentralisierung und gewaltsamen Konflikten und zogen Schlussfolgerungen für die EZ. Einen ersten Überblick zu ihren Ergebnissen liefert das 6-seitige „**Orientierungspapier - Dezentralisierung und Konflikte**“. Die detaillierte Darstellung der Zusammenhänge von Dezentralisierung und Konflikte inklusive der Einflussfaktoren für Erfolg oder Misserfolg von Dezentralisierungsprozessen, Empfehlungen für die EZ, zahlreiche Praxisbeispiele und eine Checkliste für Praktiker sind ebenfalls demnächst im Internet als 80-seitige „*Handreichung Dezentralisierung und Konflikte*“ zum Download erhältlich.

Dr. Uwe Kievelitz (*Kompetenzfeldleiter*) und  
Eva Schrottshammer (*wissenschaftliche Mitarbeiterin*)

### Organising Civil Society Campaigns for Small Arms Action

---

Wussten Sie, dass sich Schätzungen zufolge 60 Prozent der weltweiten Bestände von Kleinwaffen und leichten Waffen in ziviler Hand befinden? Dass z. B die Anzahl der Waffen in ziviler Hand in Südafrika sechsmal höher ist als die Zahl der staatlichen Waffen von Polizei und Militär?

Wenn man diese Zahlen liest, wird schnell deutlich, warum die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Kleinwaffenkontrolle spielt. Nur mit Hilfe von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Aufklärungskampagnen kann wirksame Kleinwaffenkontrolle betrieben werden. Kleinwaffenkontrolle zur Wahrung von menschlicher Sicherheit (human security) ist nicht nur als staatliche Aufgabe zu verstehen, sondern auch als gesellschaftliche Aufgabe von Bürgern und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Diese Aufgabe nehmen zahlreiche NRO überall auf der Welt wahr, indem sie Aufklärungskampagnen durchführen und bei Zivilisten ein Bewusstsein über die Gefahren beim Umgang mit Kleinwaffen schaffen.

Die neu erschienene Handreichung „Organising Civil Society Campaigns for Small Arms Action“, die das Sektorvorhaben Kleinwaffenkontrolle zusammen mit Autoren des Bonn International Center for Conversion (BICC) verfasst hat, gibt zivilgesellschaftlichen Organisationen praktische Tipps zur Planung und



Durchführung von Kampagnenarbeit im Bereich Kleinwaffenkontrolle. Die Handreichung ist in Hardcopy und im Internet erhältlich unter <http://www.gtz.de/de/dokumente/en-decosac-NGOManual-2005.pdf>

Kontakt: [Katja.Schemmann@gtz.de](mailto:Katja.Schemmann@gtz.de)

## Das Friedensgutachten 2005

---

Das Friedensgutachten 2005 widmet sich der drängenden Frage nach einer Deeskalation des internationalen Konfliktgeschehens unter drei verschiedenen Perspektiven. Im ersten Kapitel wird nach der Eindämmung spezifischer Konfliktherde gefragt. Welche Rolle spielen die beteiligten Akteure in so verschiedenen Konfliktregionen und -staaten wie z.B. dem Nahen und Mittleren Osten, Afghanistan, Liberia, dem Balkan, Tschetschenien und im Sudan und welche Deeskalationspotenziale gibt es? Im zweiten Themenfeld fragen die Autoren nach dem künftigen Umgang mit Massenvernichtungswaffen angesichts neuer (militär-) technischer Herausforderungen und Bedrohungen. Das letzte Kapitel geht von der Beobachtung aus, dass sich die Balance zwischen militärischer und ziviler Konfliktbearbeitung verschiebt. Gibt es ein neues Selbstverständnis von Streitkräften? Welche Handlungsoptionen und Strategien sind für die UN angemessen? Wenn innergesellschaftliche, ökonomische und ökologische Konfliktursachen an Bedeutung gewinnen: Wächst die Rolle der Zivilgesellschaft als Friedensakteur?

Weitere Informationen zum Friedensgutachten 2005 finden Sie unter [www.friedensgutachten.de](http://www.friedensgutachten.de)

## DDR gestalten?

---

Kein Anachronismus, wenn DDR für *Disarmament, Demobilisation and Reintegration* steht. In der internationalen anglophonen Debatte hat sich das Kürzel an der deutschsprachigen Randgruppe vorbei etabliert. Vor allem aber haben sich Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Exkombattanten als eines der wichtigsten Verfahren zur Stabilisierung von Staaten am Rande von bewaffneten Konflikten etabliert.

Eine beachtliche Liste von Staaten kommt mittlerweile zusammen, in denen DDR Programme durchgeführt wurden. Die meisten von ihnen, analog zur Anzahl von Kriegen und bewaffneten Konflikten, finden sich in Afrika. Anlass für den VN *Special Adviser on Africa (UN OSAA)*, gemeinsam mit der Regierung Sierra Leones eine Konferenz für afrikanische DDR Praktiker zu veranstalten, um Erfahrungen mit diesem Instrument auszutauschen<sup>3</sup>.

Schaut man allein auf Westafrika, so kennt in Sierra Leone jedes Kind das Kürzel DDR. Hier ist das Programm offiziell beendet und wird als Erfolg gehandelt. Wenngleich jedem klar ist, dass die Reintegration, meint man sie ernst, eine Programme, Mandate und Budgets weit übersteigende Herausforderung ist. Realistisch ist (Re) Integration in Ländern wie Sierra Leone nur graduell möglich. Denn wo ist in Land Nummer 177 von 177 auf dem Human Development Index der Arbeitsmarkt, der alternativ zum Geschäft mit der Waffe für Einkommen sorgen kann? Das R aus DDR verweist auf die Notwendigkeit makropolitischen und makroökonomischen Wandels, von denen viele afrikanische Staaten Lichtjahre entfernt scheinen. In Liberia ist der DDR Prozess, in dessen Verlauf sich die Zielgruppe gegenüber den Schätzungen verdoppelt hat, mittlerweile bei der Reintegration angelangt; in der Elfenbeinküste ist DDR ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen um den Frieden.

Damit ist bereits eine der bisher zu wenig in Rechnung gestellten Voraussetzungen funktionierender DDR Programme genannt, die auf der Konferenz diskutiert wurde: die regionale Dimension. Für Westafrika beispielsweise ist es ein Problem, dass Exkombattanten in der Elfenbeinküste mit acht- oder neunhundert Dollar Cash ins Programm hineingekauft werden sollen - Liberianische und Sierra Leonische Exkombattanten haben in den respektiven nationalen Programmen 300 US Dollar Bares erhalten. In Westafrika folgen viele junge Kämpfer ihren Chefs von einem Beuteplatz zum anderen, ohne sich um politische Ziele oder Landesgrenzen zu scheren. Wie können DDR Programme auf das Problem der 'Foreign Fighters' reagieren? Und wie kann ein 'DDR-Tourismus' vermieden werden? Die Identifikation von Exkombattanten irregulärer Truppen ist schwierig, und ein Platz im Reintegrationsprogramm und die Aussicht auf Cash sind längst nicht nur für Exkombattanten attraktiv.

---

<sup>3</sup> Conference on Disarmament, Demobilization, Reintegration, and Stability in Africa – Freetown, Sierra Leone, 21. – 23. June 2005; Organized by the United Nations Office of the Special Adviser on Africa (UN OSAA) and the Government of Sierra Leone.

Sinn und Dynamik von Cashzahlungen wurden auf der Konferenz mehrheitlich kritisch diskutiert (*"prime de rebellion"*). Wie hoch muss der Anreiz sein, um den Kombattanten zum Ex zu bewegen? Brauchen wir die Zahlungen (die meist innerhalb kurzer Zeit verprasst werden) wirklich, oder ist der Anreiz von nachhaltigeren Reintegrationsprojekten stark genug? Wie kann die Dynamik immer höherer Zahlungen gestoppt werden, ohne fragile Friedensverhandlungen durch ein Drücken des Preises gefährden?

In Freetown wurden viele altbekannte Dichotomien diskutiert, vielleicht aber haben sich im Verhältnis zu älteren Diskussionsrunden die mehrheitlichen Einschätzungen und Gewichtungen verschoben. Dies ist neben der Frage der Cash-Zahlungen an folgenden Punkten deutlich geworden:

- Viele Teilnehmer der Konferenz sprachen sich hinsichtlich der Reintegrationskomponente für einen *Fokus auf Familien und Gemeinden* aus - versus die technisch einfachere Fokussierung auf individuelle Exkombattanten. Sind aber die Gemeinden und Familien nach dem Krieg überhaupt noch vorhanden? Und in welchem Zustand sind sie? Diese Fragen sind berechtigt, weisen aber auf ein grundlegendes Problem hin, als es die Entscheidung über Gemeinschafts- versus Individualanspruch mit sich bringt. Denn egal, ob man auf Gemeinden, Familien oder Individuen fokussiert – in kaum einen Fall kann auf eine gesunde soziale Infrastruktur als das 'worein' der Reintegration zurückgegriffen werden.
- Mehrfach wurde die Notwendigkeit der Erweiterung von Peacekeeping-Mandaten bezüglich der *Entwaffnung von Zivilisten* betont.
- Damit einher geht die Forderung einer engen Verknüpfung von DDR mit einer weiterreichenden *Reform des Sicherheitssektors (SSR)*. SSR ist essentiell. Aber was wird darunter verstanden, und welche Interessen verbinden sich damit? Zahlt die internationale Gemeinschaft auf diesem Wege die Modernisierung von Herrschaftsapparaten zweifelhafter Patriarchie? Wird in das militärische Kräfteverhältnis je nach Freund und Feind eingegriffen? Reden wir bei SSR von einer Reform, wie wir sie kürzlich mit der Bundeswehr gesehen haben: Reduzierung der Zahl, Erhöhung der Einsatzmöglichkeiten? Oder denken wir bei SSR an einen Prozess, der zu einer transparenteren, Menschenrechte und Mandate respektierenden Staatsmacht führt, zum 'Buerger in Uniform'? Auf der Konferenz wurde SSR nur auf der Ebene des konsensualen Schlagworts eingebracht.
- Erneut wurde das Dilemma zwischen Gerechtigkeit und Frieden diskutiert, das durch die Devise 'peace before justice' teils gelöst, teils verschoben wird. Damit verbunden wurde auch die Täter – Opfer Frage erneut aufgeworfen. DDR muss eine Gradwanderung vollziehen, die nicht zur Belohnung von Tätern verkommen darf. Ein Großteil der Zielgruppe aber besteht aus Tätern, nicht alle sind Täter und Opfer zugleich (Stichwort Kindersoldaten).
- Kritisch angesprochen wurde auch das Verhältnis von UN und nationalen Regierungen. Vertreter der liberianischen nationalen Kommission für DDR kritisierten ihre mangelnde Einbindung in Entscheidungen der UN-Mission. Andererseits fehlen auf nationaler Seite oft die Voraussetzungen für eine effiziente und den Prozess nicht gefährdende Beteiligung bei einem schwierigen, unter hohem Zeitdruck stehenden und hoch sensiblen Vorhaben.

Auch diese Konferenz hat mehr Fragen gestellt als beantwortet. Die Fragen sind nicht neu, vielleicht aber war es die Runde derjenigen, die in Freetown zusammen gekommen sind. Neben den zahlreichen VN Organisationen waren vor allem die Mitarbeiter nationaler DDR Kommissionen vertreten, die ihre unterschiedlichen Ländereferenzen vorgestellt haben. Viele von ihnen sind bereits über das *Multi Country Demobilization and Reintegration Program (MDRP)* der erweiterten Region der Grossen Seen miteinander vernetzt, das von der Weltbank gefördert wird. Außerdem vertreten waren Entwicklungsorganisationen, Geber und einige wenige zivilgesellschaftliche Organisationen.

Grosse Anstrengungen unternehmen zurzeit die Vereinten Nationen, um einen gemeinsamen Ansatz der verschiedenen Unterorganisationen zu definieren. Vierzehn VN Organisationen sind auf Initiative des Department for Peacekeeping Operations (UN DPKO) in einer aktiven DDR Arbeitsgruppe verbunden (UN Inter Agency Working Group on DDR). Sie arbeitet an Richtlinien und praxisorientierten Handreichungen, die in einem Internet-Ressource-Center ab Oktober online sein sollen. Ziel der 'i DDR'-Website ist eine abgestimmte DDR Planung und Policy - nicht nur fuer die involvierten UN Akteure.

Dass Zeit ist, das Stadium der lessons learnt hinter sich zu lassen und *beyond lessons learnt* an die Umsetzung zu gehen, finden auch die Mitglieder der Stockholmer Initiative zu DDR, die vom Schwedischen Außenministerium vorgestellt wurde. Es ist also einiges in Bewegung, was das Thema DDR angeht. Alle Initiativen zielen auch auf eine bessere Verbindung von militärischem Einsatz und Mandat mit zivilen, entwicklungsorientierten Bemühungen, die dort weitermachen müssen, wo DDR aufhört.

Christine Rosenbrock, Sierra Leone

## ► Fortbildungen

### Neues von InWEnt: Online-Kurs in Konflikttransformation

InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) hat in Kooperation mit The Network University (TUN) einen Online-Kurs mit dem Titel „Konflikttransformation“ entwickelt. Ziel des Trainings ist es, die Teilnehmer/innen durch interaktives Lernen in das Thema einzuführen und Grundkenntnisse zu Methoden und Instrumenten der Konfliktbearbeitung zu vermitteln. Das web based training (wbt) ist mit 4 Modulen für einen 4 Wochen dauernden Kurs konzipiert. Online-coaching und virtuelle Konferenzen sind Teil des Konzeptes. Der wöchentliche Arbeitsaufwand wird für die Teilnehmer/innen ca. 4-5 Stunden betragen. Zielgruppe sind Teilnehmer/innen ohne Kenntnisse von Methoden und Instrumenten der Konfliktbearbeitung. Das wbt wird ehemaligen Teilnehmer/innen von InWEnt sowie externen Interessenten angeboten. Das wbt ist derzeit in der hausinternen Testphase und wird voraussichtlich ab 2006 in den Sprachen Englisch und Spanisch angeboten.

### Methoden und Instrumente der FZ und TZ im Bereich Krisenprävention und Konfliktbearbeitung

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und das SV Krisenprävention und Konfliktbearbeitung führen Ende September (29/30.9.) zum dritten Mal eine gemeinsame Fortbildung zu konfliktensiblen Methoden und Instrumenten für FZ und TZ-Mitarbeiter durch. Die Fortbildung vermittelt einen Überblick über zentrale Ansätze der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der deutschen EZ, speziell im Bereich der FZ und TZ. In Arbeitsgruppen erfolgen Übungen zum Umgang mit dem methodischen Ansatz „**Peace and Conflict Assessment**“ (PCA). Gleichzeitig wird aufgezeigt und diskutiert, wie die einzelnen Methoden und Instrumente in einen typischen Planungs- und Implementierungsprozess von Projekten der FZ und TZ zu integrieren sind und welche **Anforderungen bei der Umsetzung des Übersektoralen Konzepts und der K-Kennung** an die Durchführungsorganisationen gestellt werden. Weitere Informationen erhalten Sie bei: [claudia.laudwein@gtz.de](mailto:claudia.laudwein@gtz.de) und [christina.kuekenshoener@kfw.de](mailto:christina.kuekenshoener@kfw.de).

### Grundlagenkurs zu Krisenprävention und Friedensentwicklung in der V-EZ

Vom 5. bis zum 9. September 2005 findet bei InWEnt in der Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit (V-EZ) in Bad Honnef wieder der vom Sektorvorhaben Krisenprävention und Konfliktbearbeitung erarbeitete Kurs in Krisenprävention und Friedensentwicklung statt. Anmeldungen für den Kurs bei [renate.siebert@inwent.org](mailto:renate.siebert@inwent.org).

## Kontaktadressen

### **Dunja Brede**

Leitung SV Krisenprävention und Konfliktbearbeitung

E-mail: [dunja.brede@gtz.de](mailto:dunja.brede@gtz.de)

Telefon: 06196/ 79- 1606

Büro: GTZ, ABB Haus, A 211

### **Colin Gleichmann**

Leiter SV Kleinwaffenkontrolle

E-mail: [colin.gleichmann@gtz.de](mailto:colin.gleichmann@gtz.de)

Telefon: 06196/ 79- 3143

Büro: GTZ, Haus 3, Zi. 3143

### **Dr. F. Melanie Alamir**

Leiterin SV Sicherheitssektorreform

E-mail: [fouzieh.alamir@gtz.de](mailto:fouzieh.alamir@gtz.de)

Telefon: 06196/ 79- 3137

Büro: GTZ, Haus 3, Zi. 3137

### **Dr. Rüdiger Blumör**

Leiter SV Bildung und Konfliktbearbeitung

E-mail: [ruediger.blumoer@gtz.de](mailto:ruediger.blumoer@gtz.de)

Telefon: 06196/ 79- 1281

Büro: GTZ, ABB Haus 3, A 012

### **Melanie Seegräf**

Friedensfonds

E-Mail: [melanie.seegraef@gtz.de](mailto:melanie.seegraef@gtz.de)

Telefon: 06196/ 79- 3124

Büro: GTZ, Haus 3, Zi. 3124

Informationen oder Beiträge für die nächste Ausgabe senden Sie bitte an:

[melanie.seegraef@gtz.de](mailto:melanie.seegraef@gtz.de)